

Wahlprüfsteine: Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau Baden-Württemberg e.V.

1. Bitte führen Sie aus, wie Ihre Partei die Rahmenbedingungen gestalten und welche Anreize Sie konkret anbieten möchten, damit das vorgenannte Ziel 30 bis 40 Prozent ökologischen Landwirtschaft bis zum Jahr 2030 erreicht wird.

Erste Priorität hat für uns, den Marktausbau im Ökolandbau zu unterstützen. Die größten Potenziale sehen wir darin, den Bio-Anteil in der Außer-Haus-Verpflegung konsequent zu erhöhen. Hier setzen wir uns zum Ziel, bis 2030 bei den landeseigenen Einrichtungen auf 40 Prozent bio – regional zu kommen.

Wir sehen aber auch, dass wir inländische und ggf. auch ausländische Märkte für unsere Bio-Spezialitäten erschließen müssen. Auch die Verbindung zum Tourismus und zur regionalen Entwicklung muss enger werden.

Wir brauchen großräumige, stabile Wertschöpfungsketten, Produktinnovationen und die Unterstützung einer Startup-Kultur im Bio-Sektor.

Kooperationen mit Partnern im In- und Ausland, die sich ebenso auf den Weg machen, sind essenziell.

Beim Bund und bei der Europäischen Kommission wollen wir uns für beste Rahmenbedingungen für den Ökolandbau in Baden-Württemberg einsetzen – gerade mit Blick auf unseren hohen Sonderkulturanteil. Um beispielsweise den Bio-Weinbau wieder attraktiver zu gestalten, können Phosphonate wieder zugelassen werden – bis andere Mittel entwickelt sind.

Derzeit laufen die Verhandlungen rund um die neue Agrarförderperiode ab 2022. Wir wollen den Ökolandbau hier bestmöglich honorieren und unterstützen. Das „Wie“ können wir erst dann darlegen, wenn die Rahmenbedingungen feststehen. Für uns gilt weiterhin: Wir wollen, dass das Geld an öffentliche Leistungen wie Schutz von Umwelt, Natur und Biodiversität gebunden wird. Der Ökolandbau leistet dazu in der Regel per se einen großen Beitrag.

Aber auch für die Anbausysteme des Ökolandbaus gilt: Es braucht Strategien zur Klimaanpassung, damit die Branche zukunftsfähig bleibt. Zwar kann der Ökolandbau beispielsweise mit durchweg höheren Humusgehalten im Boden aufwarten und ist damit widerstandsfähiger gegen erhöhte Trockenheit. Allerdings erhitzt sich das Klima schnell – und die Veränderungen führen auch bei diesen Anbausystemen zu Ernteauffällen und Einbußen.

2. Bitte legen Sie dar, welchen finanziellen Rahmen Ihre Partei für die Ausstattung des Aktionsplans „Bio aus Baden-Württemberg“ in der kommenden Legislaturperiode vorsieht.

Derzeit sind bis Ende 2021 insgesamt 9 Millionen Euro vorgesehen. Wir wollen 40 Prozent ökologisch bewirtschaftete Fläche bis 2030 erreichen. Dafür haben wir noch zehn Jahre Zeit. Wir gehen davon aus, dass wir die Mittel kontinuierlich an die Bedarfe und Entwicklungen anpassen. Seriöse Zahlen können wir hier im Moment nicht nennen. Denn es ist noch nicht

klar, wie sich der Sektor entwickeln und welche Angebote Bund und EU machen werden. Fest steht allerdings: Gerade die Steigerung des Bio-Anteils im Außer-Haus-Sektor erfordert dauerhafte und stringente Maßnahmen.

3. Bitte führen Sie aus, welche konkreten Maßnahmen mit welcher konkreten Finanzierung Sie im Bereich Vermarktung und Verbraucheraufklärung planen.

Das Thema Vermarktung/Marketing könnte unserer Meinung nach bei der MBW Marketinggesellschaft mbH angesiedelt sein. Die Maßnahmen sollten sich auf die Vorschläge von Expertinnen und Experten stützen und mit der Branche abgestimmt werden. Deshalb halten wir eine Konzeption zunächst für sinnvoll. Gute Beispiele aus anderen (Bundes-)Ländern gilt es dabei einzubeziehen. Die Finanzierung muss sich an den Maßnahmen orientieren.

4. Wird sich Ihre Partei für ein „Sonderprogramm des Landes zur Ökologisierung des Lebensmittelhandwerks und der Gastronomie“ einsetzen? Wenn ja, welche Finanzmittel werden Sie hierfür bereitstellen?

Lebensmittelhandwerk und Gastronomie sind aus unserer Sicht maßgeschneiderte Partner des Ökolandbaus. Handwerkliche Verarbeitung trifft hier auf exzellente Lebensmittel. Es spricht viel für ein solches Programm. Allerdings müssen alle gewünschten Maßnahmen im Lichte der vorhandenen Mittel und anhand einer Prioritätenliste in Angriff genommen werden. Grundsätzlich halten wir das für eine gute und wichtige Idee.

5. Wird Ihre Partei eine Marketingkampagne zur Heraushebung der positiven gesellschaftlichen Leistungen des Sektors ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft gegenüber einer breiten Öffentlichkeit als Marktstützung und zur Nachfragestimulierung anstoßen? Wenn ja, mit welchen finanziellen Mitteln?

Bereits im fortgeschriebenen Aktionsplan „Bio aus Baden-Württemberg“ sind Marketingmaßnahmen enthalten und bis Ende 2021 finanziert. Eine Studie zur Weiterentwicklung des Bio-Markts in Baden-Württemberg wird zeigen, welche Maßnahmen wir mit welchen Mitteln vorrangig in Angriff nehmen müssen. Daran wollen wir uns in der neuen Legislatur orientieren. Wir sind überzeugt: Marketing für den Ökolandbau wird eine wichtige Rolle spielen. Es ist wichtig, die Branche in Baden-Württemberg noch sichtbarer zu machen.

6. Wird Ihre Partei Maßnahmen ergreifen, den ökologischen Landbau mit einem gezielten Programm über das Marktstrukturgesetz zu fördern? Wenn ja, mit welchen finanziellen Mitteln?

Nach unserer Einschätzung wird es mit Blick auf das 40-Prozent-Ziel wichtig sein, Wertschöpfungsketten und -Netze sowie Kooperationen von Erzeuger*innen und

Verarbeiter*innen aufzubauen. Es gilt, Erhebungen abzuwarten, Prioritäten zu setzen und auf dieser Grundlage die Finanzierung zu sichern.

7. Wird Ihre Partei eine landesweite Kampagne zur Beförderung des Einsatzes von Bio-Produkten in der Außer-Haus-Verpflegung anstoßen? Wenn ja, mit welchen finanziellen Mitteln?

Wir Grüne sind seit 2015 intensiv dran, das herausfordernde Thema umzusetzen – und zwar mit mehreren Modellvorhaben unter dem Titel „Mach’s Mahl“. Insgesamt sind inzwischen über 30 Betriebe aus verschiedenen Lebenswelten auf 15 bis 20 Prozent Bio (Zertifizierung) und DGE-Zertifizierung umgestellt. Darunter sind landeseigene Kantinen, Altenheime, Kitas und Schulen. Und auch für die Zukunft haben wir Ideen, wie wir das Thema noch weiter vorantreiben können: Wir halten eine effiziente, auf die Bedarfe der Großküchen ausgelegte Logistik und Verarbeitung für zentral. Das jüngste Vorhaben: In ausgesuchten Kantinen der Bio-Musterregionen setzen wir 30 bis 60 Prozent Bio um. Mit diesem Vorhaben wollen wir Schwachstellen in den regionalen Ketten identifizieren und Lösungsansätze finden. In den nächsten Jahren wird es wichtig sein, regionale Bio-Wertschöpfungsketten aufzubauen und erfolgreich zu etablieren. Parallel müssen wir den Bio-Anteil in den landeseigenen und kommunalen Kantinen steigern. Für uns hat dieses Vorhaben eine hohe Priorität.

8. Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei hinsichtlich einer Stärkung der Nachfrage von Bioprodukten in der staatlichen Gemeinschaftsverpflegung?

Eine exzellente Essensqualität und eine sehr gute Kommunikation sind aus unserer Sicht die Grundlage, um Bioprodukte erfolgreich zu stärken. Bio-Lebensmittel und die Menschen, die hinter Produktion und Verarbeitung stehen, sollten noch sichtbarer gemacht werden, um den Ausbau von Bio zu unterstützen.

9. Befürwortet Ihre Partei den Umbau der staatseigenen Brauerei Rothaus zu einem „Leuchtturm“ der ökologischen Ernährungsindustrie? Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen werden Sie zur Umstellung der Brauerei auf ökologische Produktion einleiten?

Die ersten Schritte sind gemacht: Rothaus macht Versuche mit regionalem Bio-Getreide und hat dazu 100 Tonnen Bio-Braugerste regional gekauft. Mit den aktuellen Kapazitäten im Bereich der regionalen Bio-Gerste lässt sich ein Bio-Bier in der Abfüllmenge von Rothaus derzeit noch nicht realisieren. Aber schon jetzt gelingt es, die Qualität im Zusammenhang mit Bio-Gerste zu verbessern und den Anteil des Bio-Getreides in der gesamten Abfüllung zu erhöhen. Diesen Weg wollen wir weiter unterstützen.

10. Wird Ihre Partei die Maßnahme „Öko-Aktionswochen“ fortführen? Wenn ja, mit welchen finanziellen Mitteln?

Wir halten die „Öko-Aktionswochen“ dezentral für sehr sinnvoll. Insbesondere müssen die Erzeuger*innen und Verarbeiter*innen in den Regionen im Mittelpunkt stehen. Auch hier gilt:

Man kann in Zeiten von schwierigen Haushalten nicht das Blaue vom Himmel versprechen. Allerdings sehen wir in der Weiterentwicklung des Ökolandbaus eine zentrale grüne Aufgabe der nächsten Legislatur. Genauso wichtig ist es, den Transformationsprozesses der Agrarbranche insgesamt weiterzuentwickeln.

11. Wird Ihre Partei eine konsequente Ökologisierung der landwirtschaftlichen Landesanstalten vornehmen? Wenn ja, welche konkrete Maßnahme sehen Sie an den jeweiligen Landesanstalten vor?

Das Biodiversitätsstärkungsgesetz umzusetzen – das wird hier die wichtige Aufgabe in den nächsten Jahren sein. Es sieht die Teilumstellung der Landesanstalten vor, sodass diese bio UND konventionelle Forschung betreiben können. Es gilt ein Konzept zu erarbeiten, wie die Umstellung von Teilbetrieben sinnvoll erfolgen kann.

12. Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei für die Reform der beruflichen Ausbildung und zeitgemäßen Berücksichtigung der Themen des ökologischen Landbaus in den Lehrplänen?

Wir halten es für sinnvoll, die berufliche Ausbildung der grünen Berufe weiterzudenken – sowohl auf Ebene der Lehrkräfte als auch auf Ebene der Schüler*innen. Ziel ist, das Thema Ökolandbau und Bildungsinhalte für mehr Naturschutz und Biodiversität dort jeweils umzusetzen. Wir haben bereits einen großen Schritt in Richtung Integration des Ökolandbaus in die Lehrpläne der Berufs- und Fachschulen getan. Dieser sollte jetzt umgesetzt und zeitnah evaluiert werden.

Stärkeren Handlungsbedarf sehen wir noch bei der Ausbildung der Lehrkräfte. Wir wollen Ökolandbau, Naturschutz und Biodiversität durchgängig verpflichtend in die Ausbildung integrieren. In einem ersten Schritt wurden diese Themen bereits als Blöcke mit Vor-Ort-Besuchen in Betrieben und mit Praxisunterricht eingebaut. Auch hier sind die Vorgaben des Biodiversitätsstärkungsgesetzes eindeutig. Die Umsetzung wollen wir auf allen Ebenen voranbringen.

13. Wird sich Ihre Partei für die Anerkennung der Umstellung auf Öko-Bewirtschaftung als Ausgleichsmaßnahme im Rahmen der „Ökokonto-Verordnung“ einsetzen?

Im Grundsatz ja, jedoch müssen Vorgaben im Detail besprochen werden. Intensiver Bio-Gemüseanbau kann beispielsweise nicht in jedem Fall als Aufwertung einer Fläche angesehen werden.

14. Wird Ihre Partei ein Projekt „Grundwasserschutz durch ökologischen Landbau“ anstoßen? Wenn ja, mit welchen finanziellen Mitteln?

Wir halten den Ökolandbau gerade in Wasserschutzgebieten für eine Chance. Die Vorteile: der insgesamt geringere Nährstoffeintrag sowie der Verzicht auf chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel. Um den Ökolandbau auszudehnen, kann ein solches Projekt ein weiterer

wichtiger Schritt sein. Ziel wäre es, das Projekt in den Aktionsplan „Bio aus Baden-Württemberg“ zu integrieren. Bei knappen Mitteln genießen Marketing und Außer-Haus-Verpflegung Priorität. Gegebenenfalls bietet sich beim Thema Wasser auch eine Finanzierung durch Unternehmen an – z.B. durch Mineralwasserhersteller oder Unternehmen, die in der Region in nachhaltige Projekte investieren wollen.

15. Was halten Sie davon, einen nennenswerten Teil der bisher „gleichberechtigt“ über die Fläche verteilte Basisprämie konsequent in Richtung einer einkommenswirksamen Entlohnung für die Erbringung bestimmter gesellschaftlicher Leistungen in den Bereichen Umwelt, Klima und Tierwohl zu lenken? Sind Sie bereit, sich für eine schrittweise Umwidmung der Basisprämie in diesem Sinne einzusetzen?

Wir Grüne stehen seit jeher dafür, die Zahlungen der ersten Säule an konkrete Leistungen zum Wohle von Natur, Umwelt und Tier zu koppeln. Wir halten es für richtig, die Einkommenskomponente der Zahlungen durch eine Anreizkomponente bei den Leistungen zu ersetzen. So sehen es beispielsweise auch die Eco-Schemes vor.

16. Welche konkreten Maßnahmen mit welchen finanziellen Auswirkungen plant Ihre Partei zum Umbau des Agrarumweltprogramms FAKT in Richtung ökologischer Landbau und Ökologie?

Wir halten die Zahlungen für den Ökolandbau mit Blick auf Umstellung und Beibehaltung für ausreichend. Weitere Anreize zur Umstellung wollen wir über eine Marktstimulierung setzen.

Grundsätzlich wollen wir im Förderprogramm für Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl (FAKT) die Kombinationsmöglichkeiten des Ökolandbaus mit anderen Maßnahmen, beispielsweise im Grünland erweitern. Die Programme müssen um Klimaschutz- und Artenschutzkomponenten erweitert werden (Zwischenfrüchte, alternative Früchte auf Niedermoorböden, mehrjährige Blühmischungen). Auch Strukturelemente in der Landschaft müssen hinzukommen. Auch für Betriebe, die Schafe, Ziegen und Mutterkühe halten, brauchen wir größere Anreize zur Beweidung naturschutzrelevanter Flächen.

Derzeit ist noch unklar, wie die erweiterte Konditionalität, die die Cross Compliance-Regelungen ersetzt, aussehen wird und welche Maßnahmen die Eco-Schemes enthalten werden. Daher können wir zu den neuen FAKT-Maßnahmen noch nichts Weitergehendes sagen. Nichtsdestotrotz: Die Kulturlandschaftsstudie, die auch Ihre Verbände unterstützen, enthält zentrale Hinweise für die Neugestaltung der Programme.

17. Welche konkreten Maßnahmen mit welchen finanziellen Auswirkungen plant Ihre Partei zur Neuausrichtung des Agrarförderprogramms AFP in Richtung ökologischer Landbau?

Es sollen keine Mittel mehr für Ställe nach gesetzlichem Mindeststandard eingesetzt werden. Im Stallbau wollen wir uns konsequent an die Prämisse „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ halten. Nur Ställe, die mindestens den EU-Bio-Standard erfüllen, sollen öffentliche Mittel bekommen. Umstellungsbetriebe sollen ein „Prä“ in der Förderung erhalten.

Wir werden uns weiter für die Förderung mechanischer Hackstriegele – nicht nur digitaler Präzisionsgeräte – einsetzen. Das bislang sehr flexibel einsetzbare Regionalprogramm wollen wir wieder aktivieren.

80 Prozent der Betriebe in Baden-Württemberg – konventionell wie biologisch – wirtschaften bei uns im Nebenerwerb. Hier gilt es zu überprüfen, inwiefern die Programme auch die besonderen Bedarfe dieser Betriebe berücksichtigen. Wo dies sinnvoll und möglich ist, müssen diese Programme angepasst werden.

18. Setzt sich Ihre Partei dafür ein, Subventionen für Stallneu- beziehungsweise Stallumbauten zukünftig nur noch für besonders artgerechte Tierhaltungssysteme zu gewähren?

Siehe oben.

19. Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei zur Stärkung eines zukunftsfähigen Weinbaus mit widerstandsfähigeren Reben? Werden Sie sich diesbezüglich für adäquate Marketing- und Kommunikationsmaßnahmen einsetzen? Wenn ja, mit welchen finanziellen Mitteln?

In einem breiten Kooperationsbündnis für widerstandsfähigere Rebsorten wollen wir mit Kommunikation und Marketing gerne die Akzeptanz erhöhen – bei den Verbraucher*innen genauso wie bei den Winzer*innen. Dazu suchen wir unter anderem die Kooperation mit dem Bund und anderen Bundesländern.

20. Wird sich Ihre Partei auf europäischer Ebene für die Zulassung von phosphonathaltigen Pflanzenbehandlungspräparaten einsetzen?

Ja, die Bemühungen dieser Legislaturperiode wollen wir mit bundesweiten Bündnissen verstärken.

21. Durch welche konkreten Maßnahmen werden Sie die Verbände des Ökologischen Landbaus bei der Umsetzung und Weiterentwicklung der baden-württembergischen Agrar- und Ernährungspolitik einbinden bzw. deren Einbezug sicherstellen?

Die Beteiligung der Anbauverbände ist für uns nicht nur selbstverständlich, sondern zwingend notwendig. Schließlich arbeiten sie direkt an und mit der Branche und kennen Bedarfe, Betriebe und Märkte. Sie sind zentrale Partner, wenn es um die Weiterentwicklung des Ökolandbaus in Baden-Württemberg geht. In die verschiedenen landwirtschaftlichen Beteiligungsgremien des Ministeriums für Ländlichen Raum (MLR) – beispielsweise ganz neu der Kulturlandschaftsrat – sollen die Verbände des Biologischen Landbaus selbstverständlich einbezogen werden. Falls wir den Aktionsplan „Bio aus Baden-Württemberg“ weiterentwickeln, dann in jedem Fall unter enger Beteiligung der Anbauverbände und weiterer Stakeholder. Aus unserer Sicht ist es notwendig, die Entwicklung des Sektors eng zu beobachten und zu evaluieren. Auch hier ist eine Beteiligung zentral. Wie genau die

Beteiligung organisiert werden kann, ohne weitere Gremien ins Leben zu rufen – das muss sich in der Praxis noch zeigen.

22. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, die seit einigen Jahren bestehende EU-ko-geförderte Erzeugerberatung im Rahmen des Programms „Beratung.Zukunft.Land“ fortzuführen und auf diesem Wege die heimischen Erzeugerbetriebe mit kompetenter und staatlich bezuschusster Beratung zu versorgen?

Prinzipiell ja. Allerdings müssen die vielbeklagten bürokratischen Antragsverfahren vereinfacht und Abläufe geglättet werden. Hier sind bei uns mehrfach Beschwerden eingegangen.